

ENTSCHLIESSUNG

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die österreichische Bundesregierung das dringende Ersuchen zu richten, vor der Erteilung einer Finanzierungszusage für den Bau des Brenner Basistunnels dafür zu sorgen, dass in Verhandlungen mit der Europäischen Kommission und den Nachbar- bzw. Mitgliedstaaten dem EG-Recht entsprechende verkehrspolitische Rahmenbedingungen geschlossen werden, die sicher stellen, dass zukünftig der Güterverkehr auf dem Brennerkorridor nachhaltig und umweltorientiert erfolgt (wie es auch im Regierungsübereinkommen für die XXIV. Gesetzgebungsperiode der Österreichischen Bundesregierung in Punkt 2.4 niedergeschrieben ist).

Die verkehrspolitischen Rahmenbedingungen sind ein integraler Bestandteil einer umfassenden Verkehrspolitik, die die Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die umweltfreundliche Schiene aber auch nach dem Prinzip des „kürzesten Weges“ über die Alpen sicher stellen soll, um die Verkehrsbelastungen für die Bevölkerung und Wirtschaft entlang der sensiblen Brennerstrecke im Anwendungsbereich der Alpenkonvention deutlich zu reduzieren.

Es wird beurkundet, dass der Tiroler Landtag diese Entschließung in seiner Sitzung vom 5. Februar 2009 mit der verfassungsmäßigen Mehrheit beschlossen hat.

Der Landtagspräsident

(DDr. Herwig von Staa)

